



## Niederschrift

### **über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 04/2003-2008 am 25.05.2004**

---

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 21.15 Uhr**

#### Anwesende:

Ausschussvorsitzende	Doris Baum
Ausschussmitglied	Elisabeth von Bressendorf
stellv. Ausschussmitglied	Gudrun Hohn (f. AM Robin Mieth)
Ausschussmitglied	Henning Jungclaus
”	Patrick Luner
”	Margitta Neumann
”	Detlef Reinke
”	Jörg Schlömann
”	Kai Schmidt
”	Karsten Sprogö
”	Christiane Sülau

seitens der Verwaltung	Bürgermeister Dornquast
	Herr Böge
	Frau Horn
	Frau Hoppe als Protokollführerin

entschuldigt fehlt	Ausschussmitglied Robin Mieth
--------------------	-------------------------------

Dem Antrag der CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 5 „Inanspruchnahme der Beratungsstellen“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, wird seitens der Ausschussmitglieder zugestimmt.

Es wird somit über folgende Tagesordnung beraten:

#### Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 3/2003-2008 am 06.11.2003**
- 3. Neue Finanzierung der Beratungsstellen**



- 4. Berichtspflicht der Beratungsstellen**
- 5. 9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen**
- 6. Schulvorbereitende Erziehung in den gemeindlichen Kindertagesstätten**
- 7. Bedarf an Integrationsplätzen**
- 8. Grundschule Ulzburg-Süd  
- Vorlage wird nachgereicht -**
- 9. Erstellung des Spielplatzbedarfsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg  
- Zwischenbericht -**
- 10. Einrichtung einer Ausbildungsbetreuungssprechstunde in Henstedt-Ulzburg  
- Antrag der SPD-Fraktion -**
- 11. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**
- 12. Unterrichtungen/Anfragen**
- 13. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Es werden keinerlei Anfragen durch die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

**Zu Punkt 2 der Tagesordnung:**

**„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 3/2003-2008 am 06.11.2003“**

Es werden keine Einwände erhoben; sie gilt somit als genehmigt.

**Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**

**„Neue Finanzierung der Beratungsstellen“**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsunterlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Er weist auf die positiven Aspekte einer an die Einwohnerzahl gekoppelten Bezuschussung hin.

Herr Schmidt erklärt, dass die vorgesehene Neustrukturierung seitens der SPD-Fraktion begrüßt wird.



Allerdings sollte sowohl beim Mütterzentrum als auch bei der Beratungssprechstunde der tatsächliche aktuelle Zuschussbedarf abgefragt werden, da die Haushaltsansätze 2004 nicht dem von diesen Einrichtungen geltend gemachten Zuschussbedarf entsprechen.

Es muss sichergestellt sein, dass diese ihre Arbeit fortführen können.

Herr Schmidt führt weiter aus, dass die SPD-Fraktion der vorgeschlagenen Beteiligung der Sozialen AG bei der Verteilung der Mittel nicht zustimmen wird.

Frau Neumann erklärt, dass sich die WHU-Fraktion diesen Ausführungen anschließt.

Frau von Bressendorf erklärt, dass die CDU-Fraktion den Verwaltungsvorschlag begrüßt. Die Soziale AG wurde eingerichtet, um die Beratungsangebote zu koordinieren; ihre Beteiligung bei der Verteilung der Haushaltsmittel ist daher wünschenswert.

Frau Horn weist darauf hin, dass sich die Koordination ausschließlich auf inhaltliche Fragen bezieht und die Soziale AG aufgrund ihrer derzeitigen Zusammensetzung nicht in der Lage ist, über die Mittelverteilung zu entscheiden.

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Frau Baum erklärt Frau von Bressendorf, dass der Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2003 zurückgezogen wird, sofern heute ein der Verwaltungsvorlage entsprechender Entschluss gefasst wird.

Ein weiterer Meinungsaustausch führt zu folgendem Beschluss:

**Der Sozial- und Gleichstellungsausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung grundsätzlich zu, die Zuschüsse für die Beratungsstellen und für das Mütterzentrum an die Einwohnerentwicklung anzupassen.**

**Für die Sozialberatung der Diakonie werden 0,72 €/EW, für die Migranten-Beratungsstelle werden 0,34 €/EW bereitgestellt.**

**Für die Familienberatungsstelle und das Mütterzentrum sind die Beträge bis zur nächsten Sitzung durch die Verwaltung zu ermitteln.**

**Es gilt die Einwohnerzahl am 31.12. des jeweils abgelaufenen Jahres.**

**Beschlussfassung: einstimmig**

Frau von Bressendorf weist darauf hin, dass diese Entscheidung keine Präjudiz für eklatante Erhöhungen darstellt.



**Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**  
**„Berichtspflicht der Beratungsstellen“**

Bürgermeister Dornquast erläutert zunächst die Verwaltungsvorlage.

In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass ein Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

Herr Schmidt stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

**Es erfolgt eine Rückverweisung des Tagesordnungspunktes 4 „Berichtspflicht der Beratungsstellen“ an die Fraktionen. Diese werden gebeten, Änderungsvorschläge zu unterbreiten.**

**Beschlussfassung:**      **10 Stimmen dafür**  
   **1 Stimmenthaltung (Herr Luner)**

**Zu Punkt 5 (neu) der Tagesordnung:**  
**„9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen“**

Bürgermeister Dornquast erläutert die Verwaltungsvorlage und teilt mit, dass diese mit dem gemeinsamen Kindergartenbeirat erörtert wurde.

Frau Honerlah hält die Nachtragssatzung für nicht notwendig. Die Änderung des Begriffs „Kindertagesstätte“ in „Kindertageseinrichtung“ kann zu einer Absenkung des jetzigen Standards, z.B. hinsichtlich der räumlichen Vorgaben, führen.

Herr Schmidt erklärt, dass die SPD-Fraktion die Begriffsänderung aus diesem Grunde ebenfalls ablehnt. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass sich die Ablehnung nicht auf die inhaltlichen Änderungen bezieht und beantragt eine getrennte Abstimmung.

Der Antrag der SPD-Fraktion

**Im Rahmen der Änderung der Kindertagesstättensatzung wird die bisherige Bezeichnung „Kindertagesstätte“ beibehalten.**

wird bei

**4 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)**

mit

**7 Stimmen (CDU-Fraktion und Herr Sprogö)**

**abgelehnt.**

Es folgt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.



**Beschluss:** Der Sozial- und Gleichstellungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen (bisher: Kindertagesstätte) in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung) (bisher: Kindertagesstättensatzung) gemäß Vorlage zu beschließen.

**Beschlussfassung:** 7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, Herr Sprogö)  
4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)

**Zu Punkt 6 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Schulvorbereitende Erziehung in den gemeindlichen Kindertagesstätten“**

Ergänzend zur Verwaltungsvorlage wird den Ausschussmitgliedern das Protokoll des Arbeitstreffens der Leiterinnen der Kindergärten und der Leiter/innen der Grundschulen Henstedt-Ulzburg zum Thema „Übergang vom Kindergarten in die Grundschule“ und eine tabellarische Zusammenstellung über Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ein Kind bei Schuleintritt erworben haben sollte, zur Kenntnis gegeben.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Vorlage. Von den Ausschussmitgliedern werden verschiedene Änderungen vorgeschlagen. Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass zurzeit nur eine grundsätzliche Entscheidung bezüglich des Rahmenkonzeptes getroffen werden sollte.

Herr Schmidt erklärt, dass es aufgrund der diversen neuen Informationen einen Beratungsbedarf in seiner Fraktion gibt.

Er schlägt folgendes Verfahren vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine neue Vorlage - inklusive der heute vorgetragenen Änderungen - zu erarbeiten und den Fraktionen vorzulegen. Hierbei sind auch präzise Zahlen bezüglich des Finanzbedarfs zu ermitteln. Eine Beschlussfassung sollte anlässlich der Ausschusssitzung im Juni 2004 erfolgen.

Der Vorschlag findet die Zustimmung aller Ausschussmitglieder.

**Zu Punkt 7 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Bedarf an Integrationsplätzen“**

Bürgermeister Dornquast erläutert die Verwaltungsvorlage.

Herr Schmidt beantragt den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass die Einrichtung der Integrationsgruppe keine Auswirkung auf die gemeindliche Planung bezüglich des Baues eines Integrationskindergartens hat.



**Beschluss:**                    **Der Sozial- und Gleichstellungsausschuss beschließt zum Aufnahmejahr 2005/2006 die Einrichtung einer Integrationsgruppe in der Kindertagesstätte Kranichstraße.**

**Die gemeindlichen Planungen für den Bau eines Integrationskindergartens werden durch die Einrichtung der Integrationsgruppe nicht berührt.**

**Beschlussfassung:**        einstimmig

**Zu Punkt 8 (neu) der Tagesordnung neu:**  
**„Grundschule Ulzburg-Süd“**

Den Ausschussmitgliedern wurde ein Vermerk über die in den nächsten Jahren anstehenden Maßnahmen im Bereich der Schulen und Kindergärten übersandt.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass es sich hierbei nicht um eine Vorlage, sondern lediglich um Vorschläge der Verwaltung handelt, die in den Fraktionen und zuständigen Ausschüssen diskutiert werden sollten.

Herr Schmidt erklärt, dass die Vorschläge, den Neubau des Kindergartens Kammerloh – und damit die Errichtung eines Integrationskindergartens – infrage stellen. Dieses wird seitens der SPD-Fraktion nicht akzeptiert. Im Übrigen kann der Sozial- und Gleichstellungsausschuss die Vorschläge zwar zur Kenntnis nehmen, zuständig für Schulbaumaßnahmen ist jedoch der Kultur- und Jugendausschuss.

Einvernehmen besteht unter den Ausschussmitgliedern darüber, dass eine abschließende Beratung erst in 11/04 nach Vorlage der aktuellen Daten bezüglich der Schülerzahlenentwicklung erfolgen soll.

**Zu Punkt 9 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Erstellung des Spielplatzbedarfsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“**  
**- Zwischenbericht -**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Zwischenbericht zur Erstellung des Spielplatzbedarfsplanes der Gemeinde Henstedt-Ulzburg zur Kenntnis.

Das Kinder- und Jugendparlament ist an der Planung beteiligt. Das entsprechende Protokoll über die Sitzung am 19.04.2004 ist beigelegt.

**Zu Punkt 10 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Einrichtung einer Ausbildungsbetreuungssprechstunde in Henstedt-Ulzburg“**  
**- Antrag der SPD-Fraktion -**

Herr Schmidt erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.



Es besteht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern, dass eine Ausbildungsbetreuungssprechstunde eingerichtet werden soll.

Die Verwaltung wird gebeten, den zuständigen Mitarbeiter des bfw für einen ersten Erfahrungsbereicht zur Ausschusssitzung im August 2004 einzuladen.

**Zu Punkt 11 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Bericht der Gleichstellungsbeauftragten“**

Frau Horn gibt nur einen kurzen Überblick über die Aktivitäten im vergangenen Jahr und verweist auf ihren Tätigkeitsbericht, der den Ausschussmitgliedern im Juni 2004 zur Kenntnis gegeben wird.

**Zu Punkt 12 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Unterrichtungen/Anfragen“**

Frau Baum und Bürgermeister Dornquast informieren über den derzeitigen Sachstand bezüglich der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) zum 01.01.2005.

**Zu Punkt 13 (neu) der Tagesordnung:**  
**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Es werden keinerlei Anfragen durch die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

gez. Doris Baum  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Hannelore Hoppe  
(Protokollführerin)

gesehen:  
gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)

Anlagen

## Protokoll des Kinder- und Jugendparlaments vom 19.04.04

### Tagesordnung:

#### Spielplatzbedarfsplanung:

Zu einigen Spielplätzen in Henstedt-Ulzburg wurden Verbesserungen vorgeschlagen. Zum Beispiel fehlen Ausschilderung und ähnliches.

#### Skaterplatz:

Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, soll die Skateranlage verschoben werden.

Dafür standen folgende Plätze zur Auswahl:

Beachvolleyballfeld (am Beckersbergsee)

Hundeübungsplatz (beim Bürgerhaus)

Alten Tennisplätze (Beim Sportland)

Zirkuswiese

Das Beachvolleyballfeld wurde einstimmig abgelehnt.

Der Hundeübungsplatz wurde auch einstimmig abgelehnt.

Die Zirkuswiese wurde mit 7 JA Stimmen und 1 NEIN Stimme als

Versetzungsort beschlossen.

Die alten Tennisplätze wurden mit 5 JA Stimmen und 3 NEIN Stimmen als 2. Variante zur Versetzung beschlossen.

#### Satzungsänderung:

Da keine Stellungnahme vom Kinder- und Jugendparlament eingegangen ist, wird die Satzung wahrscheinlich ohne Änderungen in Kraft treten.

#### Zusatzpunkt:

Das Jugendparlament stellt einen Antrag auf einen Raum für Sprechstunden zur Information vom Kinder- und Jugendparlament. Im Visier ist eine Räumlichkeit im Jugendzentrum. Zeiten der Sprechstunden sollen immer Montags von 17 bis 18 Uhr seien. Protokollführer

(Marcel Weihe)